

Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne

Dienstag (Vormittag), 5. März 2019 / Mardi matin, 5 mars 2019

Staatskanzlei / Chancellerie d'Etat

7 2018.RRGR.573 Motion 207-2018 Schneider (Biel/Bienne, SVP)
Abschaffung der kantonalen Fachstelle für Gleichstellung!

7 2018.RRGR.573 Motion 207-2018 Schneider (Biel/Bienne, UDC)
Le Bureau de l'égalité n'a plus lieu d'être

Fortsetzung / Suite

Präsident. *(Der Präsident läutet die Glocke. / Le président agite sa cloche)* Guten Morgen miteinander. Wir sind gestern bei Traktandum 7 stehen geblieben. Wir haben zur Motion Schneider, Biel, «Abschaffung der kantonalen Fachstelle für die Gleichstellung», die Fraktionserklärungen gehört. Sobald der Lärmpegel ein wenig gesunken ist, können wir mit den Einzelsprechern zu diesem Thema weiterfahren. Ich bitte Sie, die Gesprächslautstärke etwas zurückzufahren, damit wir mit der Sitzung beginnen können. Als erstem Einzelsprecher erteile ich Grossrat Wildhaber von der SP-JUSO-PSA-Fraktion das Wort.

Daniel Wildhaber, Rubigen (SP). Guten Morgen miteinander. Eine kantonale Fachstelle für die Gleichstellung sei nicht nötig, sagt die Motionärin. Die Gleichstellung von Mann und Frau sei umgesetzt. Es stimmt, es wurden Fortschritte erzielt. Von einer Gleichstellung von Mann und Frau zu sprechen, widerspiegelt hingegen noch nicht die Wirklichkeit. Verdienen Frauen und Männer in denselben Berufen mit denselben Ausbildungen in der Regel gleich viel? Nein. Sind Beruf und Familie für Frauen und Männer gleichermassen vereinbar? Nein. In aller Regel reduzieren die Frauen ihre berufliche Tätigkeit, die Männer tun dies seltener oder gar nicht. Sind Frauen und Männer in Bezug auf den Elternurlaub gleichgestellt? Nein. Sind Frauen und Männer in der Politik gleich gut vertreten? Nein. Sind Frauen und Männer in den Verwaltungsräten gleich gut vertreten? Nein. Haben Männer dieselben Möglichkeiten, Teilzeit zu arbeiten? Nein. Haben sie das Recht, bei ihren Neugeborenen zu bleiben? Nein. Auch für die Männer sind die Rollen klar definiert, nicht nur für die Frauen, und starke Männer jammern bekanntlich nicht. Eine gerechte Gesellschaft ist für die Gleichstellung von Mann und Frau, und eine gerechte Gesellschaft kann es sich nicht erlauben, auf die vielen gut ausgebildeten Frauen zu verzichten. Dies ist aus volkswirtschaftlicher Sicht nicht zu verantworten. 210 Stellenprozent für einen Kanton mit mehr als einer Million Einwohnerinnen und Einwohnern für eine Gleichstellungsfachstelle ist aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen eine Investition, die sich rechnet. Bund, Kantone und Gemeinden sind für die Umsetzung der Gleichstellung in ihrem Zuständigkeitsbereich verantwortlich. Die bernische Kantonsverfassung gibt dem Kanton und den Gemeinden den Auftrag, die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern zu fördern. Weil die Gleichstellung von Frauen und Männern noch nicht erreicht ist, darf die Gleichstellungsfachstelle nicht abgeschafft werden. Diese Motion ist deshalb abzulehnen.

Mohamed Hamdaoui, Biel/Bienne (PDC). Sandra Schneider, je soutiendrai votre motion le jour où votre motion sera titrée « mettons tout en œuvre pour pouvoir au plus vite nous priver du bureau cantonal de l'égalité, et il y a du pain sur la planche ». Cela a été dit, et il faut le redire : les inégalités salariales sont encore crasses dans ce pays, dans ce canton. C'est un fait, ce n'est pas de l'idéologie. Mettons tout en œuvre pour enfin mettre un terme à ces inégalités. Un deuxième problème majeur de l'inégalité : regardez la situation des jeunes mères de famille. Il y en a quelques-unes dans cet hémicycle qui ne réussissent pas à concilier leur vie familiale, professionnelle, politique et associative. Il serait temps de pouvoir enfin valoriser le travail à temps partiel pour qu'elles ne soient pas pénalisées lorsqu'elles prennent leur retraite, et puis d'instaurer un véritable congé parental qui soit financièrement acceptable. Il faudra faire des compromis à ce niveau-là. Et puis un dernier exemple pourquoi le bureau de l'égalité est absolument indispensable et qui me

tient particulièrement à cœur, c'est le cas des migrantes. Certaines d'entre elles, lorsqu'elles sont victimes de violence conjugale, d'abord ignorent qu'elles ont des droits, et certaines d'entre elles, malgré tout, ne vont pas déposer plainte, parce qu'en cas de divorce, elles risquent de perdre leur permis d'établissement, c'est à dire de subir une multiple peine. Ne serait-ce que pour ces exemples-là, le bureau cantonal de l'égalité a encore tout son sens, Sandra Schneider, ce n'est pas en cassant le thermomètre que vous ferez baisser la fièvre.

Sabina Geisbühler-Strupler, Herrenschwanden (SVP). Es ist unsere Pflicht, unsere Angebote, die wir mit Steuergeldern finanzieren, immer wieder anschauen und zu prüfen, ob das Verhältnis von Kosten und Nutzen noch stimmt. Ich möchte daran erinnern, dass wir zum Beispiel Jugend und Sport-Kurse, Tanzkurse für Mädchen, gestrichen haben. Bei der Spitex haben wir die Mittel auch herabgesetzt. Und jetzt haben wir hier eine Stelle, für die immerhin 600 000 Franken im Jahr ausgegeben werden. Deshalb ist es nichts als richtig, wenn wir dies genau anschauen. Die Frauen in der Schweiz haben so viele Rechte und Freiheiten wie in keinem anderen Land. Zudem sind sie in der Mehrheit. Im Kanton Bern hat es 50,9 Prozent Frauen, und Männer hat es 49,1 Prozent. In der Schweiz hat es 50,4 Prozent Frauen und 49,6 Prozent Männer. Das heisst also, dass die Frauen viel mehr Frauen in diesen Rat wählen könnten. Die Frauen könnten bei Abstimmungen die Resultate zu ihren Gunsten beeinflussen.

Die Gleichstellungsfachstelle diskriminiert die Frauen, die zuhause die Kinder betreuen und eine ganz wichtige gesellschaftliche Aufgabe übernehmen. Die Betreuung und Erziehung von Kindern ist der wichtigste Job und die wichtigste Aufgabe. Die Kinder sind die Zukunft unserer Gesellschaft, unseres Landes. Wenn wir nach Skandinavien schauen, müssen wir folgendes feststellen: Es wurden sehr viele Studien erstellt, die besagen, dass 40 Jahre Gruppenerziehung versagt haben. Diese Kinder haben psychosomatische Störungen. Sie haben Defizite, die der Staat wieder ausbügeln muss. Schauen Sie einmal im Internet nach. Es gibt eine riesige Bewegung, auch von Frauen, die die Kinder selber erziehen wollen. Ich habe Freunde in Schweden. Die Frau ist Kindergärtnerin und der Mann Arzt. Wegen der hohen Abgaben für die Betreuung der Kinder ab zwei Jahren können sie nicht mehr wählen, ob sie ihre Kinder zuhause erziehen wollen oder nicht: Sie müssen gehen. Diese Leute sagen, wir sollten nicht denselben Fehler machen.

Die Männer werden bei uns diskriminiert: Sie müssen ins Militär. Sie können später in den Beruf einsteigen. Sie werden später pensioniert. Sie sind diejenigen, die hier drin diskriminiert werden. Deshalb bitte ich Sie, diese Fachstelle abzuschreiben. Es bringt niemandem etwas. Es ist nur Hass, der verbreitet wird. Wir haben gestern diese Voten gehört. Es wird von dieser Stelle Hass verbreitet, weil von falschen Tatsachen berichtet wird.

Thomas Gerber, Hinterkappelen (Grüne). Ich möchte Ihnen kurz zwei Beispiele erzählen. Am letzten Sonntag war ich bei jemandem zu Besuch. Ich habe die zehnjährige Chiara, die Tochter der Familie, mehr zum Spass gefragt, ob sie in den Frühlingsferien bei uns in der Schreinerei eine Schnupperlehre machen wolle. Sie sagte: «Ich will nicht Schreiner werden.» Daraufhin hob der siebenjährige Bruder den Kopf und sagte: «Schreinerin!» Dann senkte er den Kopf wieder und spielte weiter. Zweites Beispiel: In unserem Gewerbe gibt es GAVs, die die Löhne regeln. Also ist die Gleichstellung gewährleistet? Nein, leider nicht. Auch wenn die Lohngleichheit gewährleistet ist, gibt es für Frauen immer noch schlechtere Karrierechancen als für Männer. Für eine leitende Position werden auch heute noch Männer klar bevorzugt, und dies in allen Branchen. Wenn der kleine Bruder von Chiara dereinst in meinem Alter sein wird, können wir über die Abschaffung der Fachstelle für Gleichstellung diskutieren. Aber heute sind wir noch weit davon entfernt, dass es diese nicht mehr braucht.

Mathias Müller, Orvin (SVP). Etwas möchte ich vorausschicken: Klassifizierungen von Menschen, sei dies nach ihrem Geschlecht, nach ihrer sexuellen Ausrichtung, ihrer Herkunft oder ihrem Bildungsstand, läuft meiner Grundüberzeugung zutiefst zuwider. Es ist aber auch meine feste Überzeugung, dass das kantonbernische Gleichstellungsbüro nicht den geringsten Einfluss auf eine Besserstellung von Frauen oder Männern hat. Dieses Gleichstellungsbüro hat es zum Beispiel weder geschafft, dass mehr Frauen Chefpositionen besetzen, noch dass mehr Frauen politisieren. Es hat es nicht geschafft, dass die AHV angeglichen wird und mehr Bernerinnen in die Armee eintreten. Es ist übrigens ein Privileg, in die Armee einzutreten, liebe Frau Geissbühler, nicht eine Pflicht. Es ist zudem nicht nur müssig, sondern für die Sache auch negativ, wenn gebetsmühlenartig immer wieder auf die weiblichen Opfer männlicher Gewalt hingewiesen wird. Es stimmt, dass die Mehrheit

der Gewalttäter Männer sind. Es stimmt aber auch, dass die Mehrheit der Opfer Männer sind. Es stimmt auch, dass sich Männer, die Opfer weiblicher Gewalt werden, signifikant seltener trauen, damit an die Öffentlichkeit zu gehen. Auch im Zusammenhang mit der angeblichen Lohnungleichheit möchte ich einen kleinen Gedankenanstoss geben: Es gibt Männer, die eine bessere Ausbildung haben als ich und weniger verdienen, und es gibt Männer, die weniger gut ausgebildet und gleich alt sind wie ich, und mehr verdienen. Das ist nun einmal so. Es ist auch aus ökonomischer Sicht eine Absurdität zu behaupten, dass Frauen weniger verdienen. Wenn dies der Fall wäre, wieso sollte ein Unternehmer dann überhaupt noch Männer einstellen, wenn er fünf gleich qualifizierte Frauen zum Preis von vier Männern einstellen könnte? Er wäre ja blöd! Ein reiner Kapitalismus würde die Frauen bevorzugen. Gestern kamen die linken Frauen in Weiss gekleidet hierher. Ich bin mir nicht ganz sicher, ob Sie mit dieser Geste die linken amerikanischen Abgeordneten nachäffen wollten, oder ob Ihnen wirklich bewusst ist, was die Suffragetten zu Beginn des 20. Jahrhunderts mit der weissen Farbe darstellen wollten. Sie haben die weisse Farbe gewählt, um die Tugendhaftigkeit und Reinheit zu symbolisieren, und Tugenden wie Disziplin und Fleiss. Vielleicht sollten wir uns wieder etwas mehr solcher Tugenden bewusst werden. Meine Frau hat vor zehn Jahren genau dies getan: Als Ausländerin und dreifache Mutter hat sie eine Unternehmung gegründet, hier in der Schweiz, und vor allem ohne staatliche oder sonstige externe Hilfe. Und wissen Sie was? Sie hat bis heute nur Frauen eingestellt. Ich bin überzeugt, dass meine Frau mit ihrer Kleinunternehmung mehr für die Frauen im Kanton Bern getan hat als irgendein Gleichstellungsbüro. Und wissen Sie, was das grösste Problem ist? Die Regulationsflut, die Regulierung und die Gesetze, die es den Unternehmern schwer machen. Dort sollten wir anfangen! Liebe Frauen, fangen Sie an, Unternehmen zu gründen, dann werden Sie CEO, und dann können Sie auch nur Frauen einstellen, wie es meine Frau tut. Dann gibt es auch mehr Frauen in Chefpositionen, und so weiter. Aber staatliche Regulierung und Gleichstellungsbüros bringen nichts. Sie sind für die Sache kontraproduktiv. Fertig.

Anne-Caroline Graber, La Neuveville (UDC). La motion de Sandra Schneider peut sembler iconoclaste, mais elle ne l'est pas. Si elle est abrupte dans ses conclusions, elle contient des arguments pertinents. Il est ainsi vrai que l'égalité de droit entre les hommes et les femmes est aujourd'hui bien plus réelle qu'il y a trente ou cinquante ans. Beaucoup de conquêtes dans le domaine de l'égalité entre hommes et femmes sont hautement réjouissantes. Il paraît invraisemblable que les Suissesses n'aient pas eu le droit de vote avant 1971. Depuis deux ou trois décennies, le principe « à travail égal, salaire égal » est heureusement plus respecté qu'auparavant. Plusieurs points de la réponse du Conseil-exécutif suscitent mon approbation. Toutefois, j'éprouve un malaise face à deux tendances observées dans la pratique des bureaux cantonaux de l'égalité. Tout d'abord, les personnes actives dans ces bureaux infantilisent parfois les femmes. Comment justifier, par exemple, des cours spécifiques pour les femmes élues dans des exécutifs ou des législatifs? J'ai de la peine à comprendre qu'une femme juriste ou économiste ait besoin de cours d'introduction à la politique, alors que l'on n'estimerait pas nécessaire d'offrir le même cours à un chirurgien ou un psychiatre. Cette discrimination à l'envers peut même faire croire que les femmes sont naturellement moins douées pour la politique que les hommes. Ensuite, si je suis inconditionnellement acquise à l'égalité des genres, je récusé la théorie du genre. Selon cette théorie fallacieuse, les différences entre hommes et femmes s'expliquent uniquement par la culture, et non par la nature. Cette théorie peut conduire à des aberrations. Je ne serai jamais choquée qu'il y ait davantage d'hommes que de femmes dans une carrosserie, et davantage de femmes que d'hommes à prendre en charge les élèves d'HarmoS 1 et 2. N'en déplaise aux fanatiques de la théorie du genre, ces différences sont inscrites dans l'intangible nature. Dès lors, les campagnes qui voudraient inciter davantage de femmes à devenir mécaniciennes ne me convainquent guère. Evidemment, si une femme veut devenir bûcheronne, cela ne me dérange en aucune manière. Je suis très fière que Marie Curie ait obtenu les Prix Nobel de physique et de chimie au début du 20^{ie} siècle. Mais de grâce, laissons les femmes et les hommes libres de choisir leur trajectoire de vie et leur profession sans que l'Etat intervienne dans ce domaine par des mesures contraignantes et artificielles. Il y a encore des progrès à réaliser sur le chemin de l'égalité, mais parce que le Bureau d'égalité de notre canton est trop influencé par la théorie du genre, je m'abstiendrai.

Erich Hess, Bern (SVP). Was ist Gleichberechtigung? Gleichberechtigung ist eben, wenn es keine Gleichberechtigungsstelle mehr braucht. Gleichberechtigt ist, wer keine Förderung braucht. Deshalb ist auch die BDP-Sprecherin, Grossrätin Kohli, ganz auf dem falschen Dampfer. Der Lohnunter-

schied ist heute nicht mehr auf die unterschiedliche Ausbildung oder unterschiedliche Qualifikation zurückzuführen. Wenn jemand gleich ausgebildet ist, heisst dies noch lange nicht, dass er denselben Lohn erhalten soll. Dies ist auch unter Männern so. Die Leistung allein soll zählen. Und die Leistung wird in all den Statistiken, in denen die Lohnunterschiede dargestellt werden, nicht gemessen, weil sie nicht messbar ist. Die Leistungen werden vom Arbeitgeber gemessen, sprich, der Arbeitgeber entlohnt dem Mitarbeiter diejenigen Leistungen, die seinem Wert entsprechen. Wir wissen ja, dass zum Beispiel im Sport, ob beim Skifahren oder beim Fussball, die Frauen und Männer nicht in denselben Kategorien antreten. Meistens verdienen die Frauen weniger als die Männer. Die Frauen spielen 90 Minuten lang Fussball, und die Männer spielen 90 Minuten lang Fussball, aber meistens werden die Männer besser entlohnt als die Frauen, weil wahrscheinlich auch die Leistung höher ist. Beim Schach ist es genau dasselbe: Können Sie mir irgendeine Schachweltmeisterin nennen? Mir kommt keine in den Sinn. Es geht schlussendlich um die Leistung, nicht um die Ausbildung und die Erfahrung. Mit den Quoten, welche die EVP-Sprecherin, Grossrätin Streit, angesprochen hat, ist es auch so eine Sache. Wenn Sie Quoten einführen, ist es keine Demokratie mehr. Demokratie ist es nur, wenn der Bürger seine Meinung frei äussern kann. Sprich, wenn der Bürger diejenige Person wählen kann, die für ihn am besten ist. Mit Quoten schaffen wir die Demokratie ab. Grossrätin Funicello hat wahrscheinlich noch nicht gemerkt, dass wir fünfzig Jahre weiter sind als die Geschichtchen, die sie erzählt hat. Ich bitte Sie, im Interesse der Freiheit des Volkes, der Freiheit der Frauen und der Freiheit der Demokratie unseres Landes ganz klar darum, die Frauenfachstelle abzuschaffen, auch wenn sie Gleichberechtigungsstelle heisst und nicht für Gleichberechtigung sorgt. Jede Frau kann selber entscheiden, was sie will und was sie tut. Gleichberechtigung haben wir erst dann, wenn wir diese Stelle nicht mehr haben.

Tom Gerber, Reconvilier (PEV). Je dois l'avouer : je ne suis pas tellement féministe. Je ne suis pas forcément fan du Bureau de l'égalité, et encore moins des quotas. Je suis plutôt fan des femmes en général, et plus particulièrement de la mienne. Si des progrès ont été faits dans l'accès des femmes aux différentes professions, dans l'accès à certains postes à responsabilités et dans l'égalité salariale, bien que... Dans un domaine particulier, qui devrait d'ailleurs particulièrement toucher les motionnaires, ou les milieux des motionnaires, le progrès est nul. Aujourd'hui encore, on considère qu'une femme qui se consacre aux tâches familiales ne travaille pas. Aujourd'hui encore, la femme qui renonce à un engagement professionnel externe, non seulement manque de reconnaissance, mais en terme de couverture sociale, elle est trichée sur toute la ligne. Peut-être que le Bureau de l'égalité devra, dans ces prochaines années, revoir un peu ses activités mais dans tous les cas, le besoin est encore largement avéré.

Sarah Gabi Schönenberger, Schwarzenburg (SP). Ich schliesse hier gleich an: Es ist eine Realität, dass Diskriminierung oft mit der Mutterschaft beginnt. Diskriminierungen wegen Schwangerschaft oder Mutterschaft nehmen sogar zu. Wer diese Tatsachen ignoriert oder sogar behauptet, Gleichstellung sei schon längst kein Thema mehr, hat einfach keine Ahnung oder hat gewisse Erfahrungen noch nicht am eigenen Leib machen müssen, was schön für diese Person ist. Ein Beispiel: Frauen, die nach der Geburt ihres Kindes weiterarbeiten wollen, haben es teilweise sehr schwer, beispielsweise wenn sie ihr Pensum herabsetzen wollen, oder grundsätzlich, weil Mütter mit kleinen Kindern zum Beispiel wegen Abwesenheiten durch kranke Kinder und vielem mehr als Risiko angesehen werden. Vätern hingegen geschieht dies kaum. Diskriminieren tun Arbeitgeber, aber auch Arbeitgeberinnen. Auch in sozialen Berufen geschieht dies. Oft sind Frauen mit Kleinkindern unerwünscht. Gemäss einer Studie des Arbeitnehmerverbands TravailSuisse erhält jede zehnte Frau in der Schweiz nach dem Mutterschaftsurlaub die Kündigung. Frauen mit Kindern, die eine neue Teilzeitstelle suchen, erhalten mangels Angeboten und aufgrund von zu grosser Konkurrenz – eben weil es zu wenige Teilzeitstellen gibt – trotz fundierter Berufs- und Führungserfahrung oft nur Absagen. Deshalb braucht es eben niederschwellige Stellen wie Gleichstellungsbüros, und vor allem auch Schlichtungsbehörden, an die man im Fall von Diskriminierungskonflikten herantreten kann. Die Hemmschwelle, dorthin zu gehen, ist jedoch immer noch sehr gross. Zudem kann die Schlichtungsbehörde nur bis zu einem Streitwert von 2000 Franken entscheiden. Den gerichtlichen Weg beschreiten die wenigsten. Die rechtlichen Konsequenzen für Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen sind nach wie vor viel zu gering, und der Aufwand für die Diskriminierten ist viel zu hoch. Neben Gleichstellungsbüros braucht es vor allem ein Umdenken in der Gesellschaft, insbesondere bei den Arbeitgebern und Arbeitgeberinnen. Es ist klar, dass die Abschaffung der Gleichstellungsbüros sicherlich alles andere als hilfreich ist, um diese Umstände zum Besseren zu verändern.

Ursula Zymbach, Spiez (SP). Ich möchte mit einem Dank an diejenigen Leute beginnen, die auf der Tribüne sitzen, nämlich die Mitarbeiterinnen der kantonalen Fachstelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern. Sie machen einen guten Job. Vielen Dank. Sie konnten Erfolge feiern, zum Beispiel im Zusammenhang mit dem Grossen Rat. Wir haben nämlich realisiert, dass die Frauenvertretung im Grossen Rat relativ tief ist, und Sie haben geschaut, in welchen Regionen es wenige Frauen hat: Im Berner Oberland und im Berner Jura. Sie haben für die Frauen aus dem Berner Jura Veranstaltungen durchgeführt und diese unterstützt. Dies hat dazu geführt, dass wir mehr Frauen im Grossen Rat haben. Vielen Dank. Sie haben auch andere Dinge getan. Mich erstaunt es, wenn ich hier höre, was man alles über die Gleichstellung von Frau und Mann erzählt, bin hin zu Erich Hess, der nicht einmal weiss, wie diese Fachstelle heisst – er sitzt zwar nicht mehr im Raum, aber vielleicht kann es ihm jemand sagen. Viele von uns haben Einzelbeispiele erzählt. Aber ich denke, dies ist der falsche Ansatz. Was wir brauchen, ist der Blick auf die Gesamtbevölkerung. Wir hier drin, wir sind eine Auswahl. Wir sind diejenigen, Anne-Caroline Graber, die Rechts- oder Ingenieurwissenschaften studiert und was weiss ich was für Ausbildungen absolviert haben. Wir haben genügend Selbstvertrauen. Wir können uns für vieles wehren und uns engagieren. Aber die Bevölkerung des Kantons Bern ist ganz anders zusammengesetzt. Ich finde es wichtig, dass wir eine Fachstelle haben, die uns immer wieder darauf aufmerksam macht, zum Beispiel durch Berichte. Ich hätte Ihnen empfohlen, für heute vielleicht in den einen oder anderen hineinzuschauen. Dort sieht man Dinge, zum Beispiel zur Sozialhilfe, bei denen man realisiert, dass es um Genderfragen geht. Frauen und Männer haben andere Lebensläufe und sind in anderen Situationen. Sie haben andere Möglichkeiten, um Teilzeit oder nicht Teilzeit zu arbeiten. Schauen Sie wirklich über den Gartenzaun. Schauen Sie zum Beispiel die Sozialhilfequote an: Wieso haben wir so viele Frauen bei der Sozialhilfe? Weil man heiratet, Kinder hat und sich dann trennt. Wer hat dann die finanziellen Probleme? Genau solche Dinge bearbeiten sie, genau dort schauen sie hin. An Grossrat Müller: Es ist nicht so, dass einfach einer mehr verdient als der andere, sondern man kann dies anschauen. Es gibt gute Programme. Ich bin auch stolz auf den Kanton Bern, weil er die Charta unterschrieben hat, bei der es um die Lohngleichstellung geht. Es ist nicht einfach der Kollege, der etwas anderes verdient und eine Person, die es anders machen kann. Es braucht vielmehr den Kanton, der hinschaut. In diesem Sinn und Geist bitte ich Sie, diese Motion nicht anzunehmen.

Meret Schindler, Bern (SP). Ich bin – wie die Mehrheit der Männer hier drin, und leider wie die Minderheit der Frauen – die Hauptnährerin meiner Familie. Ironischerweise sagt man dem so, denn weder kaufe ich das Essen ein, noch koche ich, zumindest nicht unter der Woche, und ich füttere auch nicht die Kinder. Meist hole ich sie nicht einmal von der Kita ab. Dies tut mein Mann. Mein Mann arbeitet Teilzeit. Er arbeitet 60 Prozent in einer Unternehmung, die zu einer Branche gehört, wo man nicht Teilzeit arbeiten kann: Er verkauft Landmaschinen, Baumaschinen und Lastwagensatzteile. Dies tut er im Wallis, und während zwei Tagen im Homeoffice. Geschätzte Anwesenheit, ich konnte mir dies so einrichten. Ich habe es mit meinem Mann bei einem unserer ersten Dates vor sieben Jahren so ausgehandelt. Er selber wäre nie auf die Idee gekommen, dies mit mir zu verhandeln, wie dies bei den meisten klassischen Paaren der Fall ist. Ich will dies auch nicht verurteilen, es ist einfach so. Männer kommen in der Regel nicht auf die Idee, sich zu überlegen, wer eigentlich nach der Geburt der Kinder mehrheitlich zuhause bleiben wird. In unserer Gesellschaft ist es nach wie vor vorgesehen, dass dies mehrheitlich der Mann ist. Ich finde auch, dass jedes Paar frei entscheiden können muss, wer es wie macht und wie man sich organisiert. Es ist jedoch stossend, dass dann, wenn man über Geld spricht – und meistens steht und fällt es mit dem Geld – praktisch immer die Männer diejenigen sind, die mehr verdienen. Diese Debatte muss immer noch von jedem Paar geführt werden. Nicht jeder und jede schlägt von sich aus vor: «Komm, wir machen halbe-halbe, denn Geld haben wir beide gleich viel, und auf den Job kommt es auch nicht wirklich an, und mit den Kindern können wir es beide gleich gut, oder vielleicht machen wir es ganz anders.» Solange wir diese Entscheidungsfreiheit nicht haben, braucht es so eine Fachstelle für Gleichstellung. Ich möchte noch eine Anmerkung zu Erich Hess machen, der jetzt leider wieder nicht da ist: Die amtierende Schachweltmeisterin heisst Ju Wenjun. (*Heiterkeit / Hilarité*)

Kornelia Hässig Vinzens, Zollikofen (SP). Es war eine lange und aussagekräftige Debatte. Manchmal habe ich mir gedacht, Humor ist, wenn man trotzdem lacht. Als Präsidentin der SP-Frauen Kanton Bern habe ich darum gekämpft, dieses Schlussvotum zu halten. Die einen oder anderen hier vorne haben vielleicht gemerkt, was passiert ist. Es ist mir ein Anliegen, und es ist mir eine Freude, dass wir so viele motivierte Frauen in unseren Reihen haben, die auch etwas sagen wollten.

Die SP war schon immer eine treibende Kraft bei Frauenanliegen, und das Resultat sieht man, wenn man von diesem Pult aus nach rechts blickt: Wir sind unterdessen mehr Frauen als Männer. Dies war nicht anders möglich, als mit dem grossen Engagement von uns Frauen und mit vielen fortschrittlich denkenden Männern. Dank all dieser Männer und Frauen stehen wir heute dort, wo wir jetzt sind. Ich möchte Ihnen allen für Ihr Engagement und für den Spagat zwischen Beruf, Politik und Familie, den Sie machen, danken. Die Ungleichbehandlung von Männern und Frauen hat viele negative Seiten. Das haben wir heute ausführlich gehört. Nicht nur für uns Frauen, auch für die Männer, und erst recht für die Wirtschaft. Für uns Frauen, weil wir zwar gut ausgebildet werden, aber am Schluss unsere Begabungen nicht ausleben können, weil wir oft in Jobs arbeiten, die unseren Qualifikationen nicht angemessen sind, weil wir weniger Lohn erhalten, weniger AHV- und Pensionskassengelder, etc. Wir müssen immer noch gegen alte Männermuster kämpfen, was wahrlich oft sehr anstrengend ist. Aber auch die Männer leiden unter diesem Tatbestand. Sie erhalten zum Beispiel keine Teilzeitstelle, oder zumindest weniger oft, und es ist schwieriger. Sie können nicht adäquat für ihre Söhne und Töchter sorgen und sind oft gezwungenermassen Rabenväter. Sie würden eigentlich gerne auch Care-Arbeit übernehmen, erhalten keinen Vaterschaftsurlaub, und so weiter. Sie verdienen unter dem Strich auch weniger, wenn wir Frauen weniger Lohn nach Hause bringen. Sie stehen unter grösserem Druck, wenn sie den Job verlieren, wenn die Frau nicht gleichzeitig auch einen guten Job hat. Da ist schlicht und einfach noch die männerdominierte Wirtschaft, die völlig versagt. Sie verliert viele junge, motivierte Männer und Frauen, die nicht mehr bereit sind, 100 Prozent ihres Lebens für den Beruf herzugeben. Aber sie wären bereit, einen grossen Teil ihrer Leidenschaft für den Beruf herzugeben, wenn sie Teilzeitjobs kriegen würden. Dieses Thema sehen wir immer wieder bei den Richterwahlen. Wer jetzt auch endlich vorwärts machen muss, ist die Wirtschaft. Es warten ganz viele motivierte junge Männer und Frauen, die gerne Teilzeit arbeiten möchten, die gerne die Verantwortung und die Familienarbeit teilen würden. So sieht die Zukunft aus, und sie hat begonnen, auch wenn heute einige von Ihnen hier drin noch irgendwelche alten Bilder heraufbeschwören wollen. Diese Zeit ist vorbei. Ich schliesse mit dem Lob, das diese Fachstelle wirklich verdient hat. Sie macht einen sehr kompetenten Job. Immer wenn ich ein Problem habe, werde ich gut beraten. Besuchen Sie doch einmal die Website. Sie zeigt die Vielfalt der Thematiken, die diese Stelle abdeckt. Gerade denjenigen, die diese Fachstelle abschaffen wollen, empfehle ich von Herzen: Gehen Sie einmal zu dieser Fachstelle. Ich bin überzeugt, dass sie Ihre Probleme, die Sie vielleicht heute noch nicht sehen wollen, lösen kann. Ich danke allen fortschrittlichen Männern und Frauen für ein beherztes Ja zu dieser Fachstelle.

Präsident. Ich gebe dem Staatsschreiber das Wort.

Christoph Auer, Staatsschreiber. Der Regierungsrat beantragt Ihnen, diese Motion abzulehnen. Die Motionärin schreibt in ihrer Motion, die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau sei heute in der Verfassung verankert, sie sei erreicht, und es brauche keine Fachstelle mehr. Es ist richtig: Mann und Frau haben gleiche Rechte. Dies steht so in der Verfassung, zum Glück seit vielen, vielen Jahren. Es steht in der Kantons- und in der Bundesverfassung. Aber unsere Verfassungsgeber auf Bundes- und auf Kantonsebene haben von Anfang an gewusst, dass es nicht reicht, einfach auf dem Papier die gleichen Rechte zu verankern. Sie haben die beiden wichtigen Bestimmungen ergänzt mit einem zweiten Satz. Im Kanton Bern steht in der Verfassung des Kantons Bern (Kantonsverfassung, KV) in Artikel 10: «Kanton und Gemeinden fördern die tatsächliche Gleichstellung von Mann und Frau.» Dasselbe hat der Bund in der Bundesverfassung (Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft) im Artikel 8 geschrieben. Er hat geschrieben, der Gesetzgeber Sorge dafür, dass auch die tatsächliche Gleichstellung von Frau und Mann gewährleistet sei. Sie sehen bei diesen Formulierungen: Es heisst nicht, wie sonst häufig in der Verfassung, «der Kanton kann die Gleichstellung fördern» oder «der Gesetzgeber kann dafür sorgen», sondern es ist ein verbindlicher Auftrag des Bundesverfassungsgebers und des Kantonsverfassungsgebers, für die faktische Gleichstellung zu sorgen. Dies war schon mehr als einmal Gegenstand eines Verfahrens vor dem Bundesgericht. Andere Kantone haben ihre Fachstelle abschaffen wollen. Das Bundesgericht hat in einem Entscheid aus dem Jahr 2011 klipp und klar gesagt, man könne zwar eine Fachstelle durchaus abschaffen, aber der Kanton könne die Pflicht, die faktische Gleichstellung zu fördern, nicht abschaffen. Diese Pflicht bleibt bestehen. Ein Kanton wie der Kanton Zug, der diese Fachstelle abschafft, muss auf andere Art und Weise dafür sorgen, dass der Verfassungsauftrag erfüllt wird, den der Bund dem Kanton vorgibt. Das Bundesgericht hat gesagt, der Kanton Zug könne beispielsweise anstelle dieses Büros in jeder Direktion eine Person anstellen, die für die Gleichstellung zuständig

ist. Dies wäre ein anderes Modell. Es ist sicher nicht das effizientere Modell und sicher nicht billiger als das, was beispielsweise der Kanton Bern hat. Unsere Fachstelle im Kanton Bern ist eine kleine Stelle. Sie hat 210 Stellenprozente. Das ist wenig im Quervergleich. Wir haben einen grossen Kanton mit einer Million Einwohnerinnen und Einwohner, und einen zweisprachigen Kanton. Diese kleine Fachstelle leistet für den ganzen Kanton Bern mit diesen wenigen Ressourcen sehr gute Arbeit. Vergleichen wir mit anderen Kantonen: Der Kanton Genf hat 800 Stellenprozente, der Kanton Wallis hat 390 Stellenprozente, und der kleine Kanton Basel hat auch fast 400 Stellenprozente. Viele andere Kantone haben deutlich mehr Ressourcen. Der Kanton Bern ist auch hier bescheiden, aber er hat eine schlagkräftige Equipe. Eine Equipe, auf die ich stolz bin, weil sie wirklich sehr gute Arbeit leistet. Es ist ein kostengünstiges Modell. Sie können versichert sein: Diese Leute sind nicht hervorragend gut eingereicht, aber sie leisten gute Arbeit. Dies bleibt bestehen. Selbst wenn Sie diese Motion überweisen würden, müsste irgendjemand im Kanton Bern diesen Auftrag erfüllen. In Zahlen gibt der Kanton Bern 0,0058 Prozent seines Budgets für die Förderung der Gleichstellung aus. Diese 0,0058 Prozent sind ein kleiner Beitrag. Wenn die tatsächliche Gleichstellung von Mann und Frau heute erreicht wäre, könnte man darüber diskutieren, ob es noch eine Fachstelle braucht. Aber es wurde hier drin mehrfach von vielen Rednerinnen und Rednern erwähnt: Es gibt ganz viele wesentliche Punkte, wo wir die Gleichstellung noch nicht erreicht haben. Der Regierungsrat hat in seiner Antwort die wichtigsten Gründe aufgeführt. Ich möchte sie nicht alle wiederholen, aber es ist mir ein Anliegen, an dieser Stelle nochmals auf zwei oder drei wichtige Zusammenhänge hinzuweisen. Sie haben es vielleicht in der Antwort des Regierungsrats gelesen: Es gibt über 200 Berufe, die junge Mädchen und Buben heutzutage wählen können. 50 Prozent der Mädchen wählen dieselben vier Berufe, nämlich Fachperson Gesundheit, Fachperson Betreuung, Detailhandelsangestellte und kaufmännische Angestellte. Dies sind wertvolle, wichtige Berufe. Sie gehören sogar zu den wichtigsten Berufen. Es sind diejenigen Leute, die uns pflegen, wenn wir alt sind, die bei der Spitex arbeiten und uns pflegen, wenn wir vielleicht in den letzten Monaten schwer krank sind und Pflege benötigen. Es sind diejenigen Leute, die uns als Hebamme auf die Welt stellen. Es sind die Leute, die uns in der Volksschule bilden. Es sind vor allem Frauen, die in der Unterstufe als Lehrerinnen tätig sind. Es sind ganz wichtige Berufe. Aber jetzt kommt das Aber: Es sind diejenigen Berufe, die schlecht entlohnt sind. Es sind die Berufe mit tiefem Gehalt. Schauen Sie einmal an, was eine Hebamme verdient, und vergleichen Sie diesen Lohn mit demjenigen des Arztes, der daneben steht. Schauen Sie an, was die Leute in der Spitex verdienen und was die jungen Lehrerinnen im Kanton Bern verdienen. Es ist typisch für Frauenberufe, dass sie schlecht entlohnt werden. Damit beginnt das Problem der noch nicht erreichten Gleichstellung. Es wurde erwähnt: Die Frauen, die in diesen Berufen arbeiten, sind diejenigen, die sich dann, wenn sie eine Familie gründen, um die Familie kümmern und zuhause bleiben. Es würde sich für sie nicht lohnen, arbeiten zu gehen. Die Familie käme nicht über die Runden, wenn der Mann nicht arbeiten ginge. Dies setzt sich dann fort. Es sind diejenigen Frauen, die auch weniger für ihre Altersvorsorge tun können und die im Alter weniger gute Leistungen erhalten. Dies führt im Ergebnis dazu, dass prozentual mehr Frauen als Männer Anspruch auf Ergänzungsleistungen haben. Dies ist eine klare Nichtgleichstellung, die bei uns besteht. Dies sind nur ein paar Mosaiksteine aus der heutigen Nichtgleichstellung. Unsere Fachstelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern sorgt in einem kleinen Bereich dafür, dass diese Ungleichheiten vermindert werden. Dies kann auch keine andere Fachstelle übernehmen. Es ist nicht so, dass das Eidgenössische Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann (EBG) die kantonalbernerische Gesetzgebung anschauen und prüfen könnte, ob vielleicht in einer Steuergesetzvorlage der FIN oder beim Kinderbetreuungssystem die Anreize falsch sind und ob es strukturelle Diskriminierungen gibt. Dies ist die Aufgabe unserer kantonalen Stelle. Wir sind zuständig für das Bildungsrecht, wir sind zuständig für unsere kantonalen Kompetenzen, und wir müssen schauen, dass beispielsweise die Gesetzgebung so ausgestaltet wird, dass sie die Gleichstellung weiterhin fördert. Es sind auch unsere Leute von der kantonalen Fachstelle, die mit Auftritten wie beispielsweise an der SwissSkills und mit der Organisation des Zukunftstags schauen, dass die Berufswahl offener gestaltet wird. Damit sorgen sie auch dafür, dass unsere Wirtschaft die Fachkräfte bekommt, die sie braucht, und dass die gut ausgebildeten Frauen auch in die Wirtschaft gehen. Sie sorgen dafür, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert werden kann. Sie sehen, die Gleichstellung ist leider noch gar nicht erreicht. Es braucht eine Fachstelle. Ich bin stolz auf unsere kleine, schlagkräftige, pragmatisch agierende Fachstelle, und ich bitte Sie deshalb im Namen des Regierungsrates, diese Motion abzulehnen.

Präsident. Jetzt gebe ich das Wort der Motionärin, Grossrätin Schneider.

Sandra Schneider, Biel/Bienne (SVP). Ich fasse mich kurz. Danke für die überaus spannende Diskussion zu meinem Vorstoss. Ich stelle zusammenfassend fest, dass es schier unmöglich ist, eine einmal geschaffene Staatsstelle abzuschaffen, auch wenn sie noch so unnötig ist. Alle Begründungen, die vorgebracht wurden, hatten mit dem eigentlichen Vorstoss leider nicht viel zu tun. Ich habe keinen einzigen Grund gehört, warum es ein kantonales Gleichstellungsbüro braucht. Es wird nach wie vor ein nationales Gleichstellungsbüro geben. Es wird nach wie vor zig private Organisationen geben, die sich für die Gleichstellung einsetzen. Aber wieso muss der Kanton ebenfalls ein Gleichstellungsbüro führen? Welches ist der effektive Mehrwert? Leider hat auch keiner von Ihnen eine Sache genannt, die das kantonale Gleichstellungsbüro erreicht hat. Die Doppelspurigkeit ergibt keinen Sinn. Ich bitte Sie um etwas Mut, und vielleicht etwas weniger Emotionen. Schaffen wir Gleichstellung, indem wir dieses Gleichstellungsbüro abschaffen, weil es nicht nötig ist.

Präsident. Wir kommen zur Abstimmung. Wer diese Motion annehmen will, stimmt Ja, wer sie ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung / Vote

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil:

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui 28

Nein / Non 110

Enthalten / Abstentions 16

Präsident. Sie haben diese Motion abgelehnt, mit 110 Nein- gegen 28 Ja-Stimmen bei 16 Enthaltungen.

Ich habe noch eine Mitteilung, die ganz gut zu diesem Thema passt. Grossrätin Kohli hat in der Wandelhalle Informationen zur Gönnervereinigung für das Frauenteam des BSC Young Boys (Gönnervereinigung YB-Frauen) aufgelegt. (*Heiterkeit / Hilarité*) Sie hat mir gesagt, dass auch Männer mitmachen dürften, es sei nicht nur etwas für Frauen. Zudem findet eine Ausstellung mit dem Titel «fan.tastic females» statt, wo 80 weibliche Fussballfans aus ganz Europa zu Wort kommen. Wo findet diese Ausstellung statt? Im Stade de Suisse? (*Grossrätin Kohli signalisiert Zustimmung. / Madame Kohli répond par l'affirmative.*) Diese könnte man noch anschauen. Machen Sie davon Gebrauch. Draussen in der Wandelhalle liegen Beitrittserklärungen auf. Es nimmt mich wunder, ob bis zum Ende der Session mehr Frauen oder mehr Männer beigetreten sind.